

Gute Pflege für alle

Seit 1995, dem Jahr der Einführung der Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung, ist die Anzahl der Pflegebedürftigen kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2010 waren 2,42 Millionen Menschen pflegebedürftig. Für das Jahr 2030 werden rund 3,3 Millionen und für 2050 4,37 Millionen Pflegebedürftige prognostiziert. Der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen steht ein Mangel an Pflegekräften gegenüber. Im Jahr 2025 sollen laut Schätzungen 152.000 Pflegekräfte fehlen. Hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung wird davon ausgegangen, dass sie – ohne Reform – bis 2015 gesichert ist.

Ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung der Pflege

All dies macht deutlich, dass wir ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung der Pflege brauchen, das sicherstellt, dass auch in Zukunft alle Menschen in unserem Land einen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Pflege und medizinischen Versorgung haben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 2008 in der Großen Koalition eine Basis gelegt.

Damit wurden die Leistungen für Demenzerkrankte deutlich verbessert und Erleichterungen für pflegende Angehörige

erreicht. Dazu gehören zusätzliche Betreuungsleistungen und die Einrichtung von Pflegestützpunkten, die Hilfe und Beratung aus einer Hand bieten.



Gute Pflege kostet mehr. Laut Umfragen akzeptieren die Bürgerinnen und Bürger höhere Beiträge für eine bessere Pflege.

Bericht für neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff liegt in der Schublade

Bereits seit einigen Jahren steht fest, dass ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff notwendig ist, der Pflegebedürftigkeit nicht nur daran bemisst, wozu Betroffene körperlich im Alltag noch in der Lage sind. Es geht auch darum zu beurteilen, inwieweit die Menschen geistig und mental ihren Alltag organisieren und bewältigen können. Unter der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt nahm 2006 der Fachbeirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs seine Arbeit auf und übergab im Januar 2009 seinen Bericht mit Umsetzungsempfehlungen. In der Großen Koalition scheiterte die Umsetzung an der Union. Seither liegt der Bericht in der Schublade des Ministeriums.

Positionspapier der SPD-Fraktion zur Pflege

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit Beginn dieser Legislaturperiode auf Grundlage des Berichts des Fachbeirats an einem Gesamtkonzept Pflege gearbeitet. Im Sommer 2011 hat die Fraktion ein erstes Orientierungspapier vorgelegt, das breit mit Krankenkassen, Verbänden und Gewerkschaften diskutiert und zu einem Positionspapier weiterentwickelt wurde. Am 27. März 2012 hat die Fraktion es unter dem Titel „Für eine umfassende Pflegereform: Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken“ beschlossen.

Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umsetzen

Die SPD-Fraktion will, dass Pflegebedürftige möglichst selbstbestimmt leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dazu gehört auch der Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben zu wollen. Dreh- und Angelpunkt für die Sozialdemokraten/innen ist die Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf der Grundlage des Fachbeiratsberichts.

Darüber hinaus müssen wir einfache Beratungsangebote und Unterstützung ausbauen, um dem Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, zu Hause bleiben zu können, zu entsprechen. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff soll niemanden schlechter, aber viele besser stellen.

Pflegende Angehörige besser unterstützen

Pflegende Angehörige und andere Pflegenden leisten eine herausragende und meist sehr schwere Arbeit. Für die meisten Angehörigen ist es selbstverständlich, sich um ihre pflegebedürftigen Partner und Partnerinnen, Eltern oder Kinder zu kümmern. Sie will die SPD-Fraktion dabei entlasten. Sie brauchen Hilfe und Unterstützung, Zeit und eine gute Infrastruktur im Wohnumfeld. Dazu gehören barrierefreies Wohnen, Pflegeberatungsstellen – eben ein Wohnumfeld, das Pflegebedürftige und ihre Angehörigen berücksichtigt.

Wenn Menschen pflegebedürftig werden, dann tritt dies meist sehr plötzlich ein. Vieles muss schnell organisiert werden. Für die Angehörigen will die SPD-Fraktion deshalb den

Anspruch auf eine bis zu zehntägige Freistellung mit dem Anspruch auf eine Lohnersatzleistung koppeln. Letzteres war in der Großen Koalition am Widerstand der Union gescheitert. Um den Angehörigen besser mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sollen die wohnortnahen Pflegestützpunkte und andere Beratungsstellen ausgebaut werden. In den Ländern, die wie Rheinland-Pfalz im Zuge der Pflegereform von 2008 Pflegestützpunkte eingerichtet haben, haben sich diese bewährt.

Außerdem will die SPD die von der Großen Koalition eingeführte sechsmonatige Pflegezeit zu einem Anspruch auf eine flexible Pflegezeit, die als „1.000 Stunden für die Pflege“ mit Lohnersatzleistung entweder über einen längeren Zeitraum oder für kurze Zeitabschnitte beansprucht werden kann, weiterentwickeln. Für Beschäftigte soll es in dieser Zeit Kündigungsschutz geben. Zusätzlich sollen Pflegezeiten rentenrechtlich höher bewertet werden.

Pflege ist für die Angehörigen oder andere Pflegepersonen körperlich und auch mental sehr anstrengend. Sie brauchen Auszeiten, um sich erholen zu können. Dazu will die SPD-Fraktion die Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege auf acht Wochen pro Jahr und die Leistungen dafür von derzeit 1.510 Euro auf 3.020 Euro erhöhen.



Pflegebedürftige wollen möglichst selbstbestimmt leben. Dazu gehört, das Leben möglichst ohne Barrieren führen zu können.



Die SPD-Bundestagsfraktion fordert Gute Arbeit für Pflegeberufe. Dazu gehören neben einer fairen und sozial gerechten Bezahlung vor allem bessere Arbeitsbedingungen. Menschen in Pflegeberufen brauchen Perspektiven für ihre berufliche Weiterentwicklung. Außerdem sind Pflegeberufe sowohl körperlich als auch psychisch sehr anstrengend. Deshalb müssen sie so gestaltet werden, dass auch ältere Beschäftigte in ihrem Berufsfeld tätig sein können und gesundheitliche Beeinträchtigungen vermindert werden.

Ein Schwarz-Gelbes „Pflegerförmchen“

2011 sollte nach Ex-Gesundheitsminister Rösler zum „Jahr der Pflege“ werden. Auch sein Nachfolger Bahr sprach vom großen Wurf. Herausgekommen sind ein paar Verbesserungen für Demenzerkrankte, für Angehörige und alternative Wohnformen. Frei nach dem Motto: Eine Milliarde darf das Ganze kosten. Doch die 0,1 Prozent Beitragssatzanhebung reicht nicht, um die Pflege bedarfsgerecht auszurichten. Damit drücken sich Gesundheitsminister Bahr und die Koalition davor, die Pflegeversicherung auf eine langfristige Grundlage zu stellen. Die geplante private Zusatzversicherung bedient einzig und allein die Versicherungswirtschaft und die Besserverdienenden, die ohnehin am besten vorsorgen können. Menschen mit geringen Einkommen können sich die zusätzlichen Eigenleistungen nicht leisten und die staatliche Förderung nicht in Anspruch nehmen. Zusätzlich ist die Versicherung gerade für ältere Menschen nicht geeignet. Die Versicherungsprämien sind nach Alter gestaffelt und steigen mit zunehmendem Alter stark an. Gerade die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre werden voraussichtlich keine solche Versicherung abschließen. Auch kranke Menschen werden sich durch die Risikoüberprüfung die Policen nicht leisten können.

Das Positionspapier der SPD-Fraktion gibt es hier: www.spdfraktion.de

Gute Arbeit in der Pflege schaffen

Damit der Bedarf an Pflegekräften heute und künftig gedeckt und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann, müssen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden. Nur durch gute Arbeit werden Pflegeberufe attraktiv. Dazu will die SPD-Fraktion die Ausbildung modernisieren. Künftig soll es eine generalistische Erstausbildung in der Alten-, Kranken- und Kinderpflege mit anschließender Spezialisierung und der Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs geben. Dabei soll die Ausbildung solidarisch und nicht durch die Auszubildenden finanziert werden. Durch Weiterbildung sollen bessere Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden. Vor allem aber muss eine leistungsgerechte Bezahlung gewährleistet sein. Der Mindestlohn in der Pflegebranche war ein wichtiger Schritt hin zu guten tariflichen Löhnen. Zudem müssen die Lohnunterschiede zwischen Ost und West beseitigt werden.

Wohnungsbau und der Wohnraumsanierung. Ebenso sollen ambulant betreute Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen stärker gefördert werden. Zusätzlich gilt es, den Grundsatz „Prävention vor Rehabilitation vor Pflege“ durch Maßnahmen mit Leben zu erfüllen.

Gute Pflege kostet mehr

Die SPD-Fraktion ist sich bewusst, dass gute Pflege mehr Geld kostet. Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung höhere Beiträge für eine bessere Pflege akzeptiert. Die solidarische und paritätische Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung muss ausgebaut werden. Notwendig ist die Einführung der Bürgerversicherung Pflege. Damit wird auch auf der Finanzierungsseite ein gerechtes System geschaffen, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht und die Lasten fair verteilt.

Kommunen bei Pflegeinfrastruktur stärken

Die SPD-Fraktion will die Kommunen dabei unterstützen, eine gute Pflegeinfrastruktur zu bieten. Dazu gehört auch die Förderung von altersgerechtem und barrierefreiem

Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken

Für eine Bürgerversicherung Pflege

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT



WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL | **STAND:** SEPTEMBER 2012
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTOS ©: KLAUS VYHNÁLEK (TITEL), PHOTOCASE.COM: DUSKLOG (S. 2), SUSANN STÄDTER (S. 4) BILDERBOX.COM (S. 5/6)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN T AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION